

Entschließungsantrag

des Abgeordneten Kleinert (Marburg) und der Fraktion DIE GRÜNEN

zur dritten Beratung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 1989

hier: Einzelplan 27

Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen

— Drucksachen 11/2700 Anlage, 11/3221, 11/3231 —

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Bundeskanzler wird aufgefordert, das Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen aufzulösen.

Bonn, den 17. November 1988

Kleinert (Marburg)

Dr. Lippelt (Hannover), Frau Schmidt-Bott, Frau Vennegerts und Fraktion

Begründung

Das Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (BMB) ist ein Relikt überholter Ansprüche und Ausdruck für die Anmaßung der Bundesregierung, auch für die Bürger/innen der DDR mitentscheiden zu wollen. Das BMB symbolisiert den Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik Deutschland.

37 Jahre nach der Gründung zweier deutscher Staaten stellt die Auffassung, daß die DDR ein „innerdeutsches“ Gebiet sei, einen Anachronismus dar, der die Entwicklung gutnachbarlicher Beziehungen im deutsch-deutschen Verhältnis behindert.

Nachhaltige Verbesserungen der Beziehungen zwischen den Menschen in beiden Staaten werden nur erreichbar sein, wenn beide Seiten auf zwischenstaatlicher Ebene die Gleichberechtigung des jeweils anderen ohne Vorbehalte und nach völkerrechtlichen Grundsätzen akzeptieren.

Faktisch wird die Deutschlandpolitik der Bundesregierung ohnehin vom Bundeskanzleramt bestimmt und wahrgenommen. Das Ministerium stellt daher eine Verschwendung von Steuergeldern für eine überflüssige Bürokratie dar.

Mit der Auflösung des BMB würden die Kosten für den Minister und den Parlamentarischen Staatssekretär eingespart. Notwendige Abteilungen des Ministeriums sollen in das Auswärtige Amt und andere Ressorts verlagert werden.